

VERANTWORTETE MARKTWIRTSCHAFT

ZUR ZUKUNFT DES EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSSTILS IN DER GLOBALISIERUNG

Wilfried Stadler

1. Anglo-amerikanischer versus kontinentaleuropäischer Wirtschaftsstil

Mit dem Scheitern der Planwirtschaften ist deutlich geworden, dass es zur freien Marktwirtschaft keine systemhafte Alternative gibt. Dennoch schärft die Globalisierung den Blick auf zwei sehr unterschiedliche marktwirtschaftliche Stile:

Der anglo-amerikanische Wirtschaftsstil wird charakterisiert durch eine minimalistische Rolle des Staates gegenüber den Marktkräften, durch eine Dominanz der Spielregeln der Kapitalmärkte und damit der Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft. Weiters durch Inkaufnahme hoher Ungleichheit in der Einkommensverteilung und extrem ungleiche Zugangschancen zum Bildungs- und Gesundheitssystem. Dazu kommt ein stark von der zweiten (betriebliche Vorsorge) und dritten Säule (Eigenvorsorge über Fonds und Kapitalmarktprodukte) getragenes Pensionssystem.

Der kontinentaleuropäische Wirtschaftsstil – im deutschen Sprachraum verknüpft mit dem Systembegriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ – steht hingegen für eine ausgeprägte Rolle des Staates gegenüber den Marktkräften („Primat der Politik“), ein Banken- und kreditorientiertes Finanzierungssystem in einer überwiegend familiennahe orientierten Unternehmerwirtschaft, moderate Ungleichheit in der Einkommensverteilung sowie die Ambition, Zugangschancen zum Bildungs- und Gesundheitssystem möglichst offen zu halten. Das Pensionssystem ist in den meisten europäischen Ländern noch von der ersten Säule (staatliche Pensionsvorsorge) dominiert.

Die Reduktion der Komplexität marktwirtschaftlicher Systeme auf nur zwei grundsätzliche Richtungen ist zwangsläufig mit groben Unschärfen verbunden. So wird in der modellhaften Betrachtung etwa vernachlässigt, dass der Staat gerade im US-amerikanischen Wirtschaftssystem über Interventionen im militärisch-technologisch-industriellen Bereich eine äußerst aktive, geradezu merkantilistische Rolle spielt. Andererseits wird am europäischen Modell oft übersehen, dass viele der Sozial-, Gesundheits- und Pensionssysteme zu einer Überlastung des Faktors Arbeit mit Systemkosten führen und damit zu struktureller Arbeitslosigkeit beitragen.

2. Der europäische „Osten“ nach 1989

Die 2004 der EU beigetretenen Länder des ehemaligen „Ostblocks“ entschieden sich nach 1989 für den größtmöglichen Abstand von der Staatswirtschaft, die sie jahrzehntelang in Unfreiheit, Ineffizienz und – als wohl nur schwachen Trost – in einer erzwungenen Gleichheit der Lebensumstände gehalten hatte. Václav Klaus, heute tschechischer Staatspräsident, Anfang der Neunzigerjahre tschechoslowakischer Finanzminister, deklarierte sich in diesem Sinn frühzeitig für eine „Marktwirtschaft ohne Vorzeichen“. Auch Polen orientierte sich – wohl auch aus historischen Gründen – von Beginn an am amerikanischen Modell.

Dennoch konnte das europäische Modell in praktisch allen neuen Marktwirtschaften Mitteleuropas auf beachtliche Weise wirksam werden. Dieser wohl zu wenig gewürdigte Erfolg ist der zügigen Übernahme der EU-Normensysteme durch die ehemaligen Staatswirtschaftsländer im Vorfeld des EU-Beitrittes zu verdanken.

3. Apologeten und Kritiker

Mit der weltweiten Marktöffnung hat die Auseinandersetzung um den richtigen (Markt-)Wirtschaftsstil in den letzten Jahren weiter an Bedeutung, aber auch an Schärfe gewonnen. Mag sich der „neo-liberale Mainstream“ des amerikanischen Modells auch als äußerst effizient bei der Eroberung neuer Wirtschaftsräume erweisen, so werden ihm doch von seinen Kritikern zusehends Merkmale eines rücksichtslosen Raubtier-Kapitalismus zugeschrieben. Dazu tragen die mitunter triumphalistischen Gesten jener Wirtschaftsführer börsennotierter Großunternehmen bei, die aus den Niederlagen nach dem Platzen der Millenniums-Spekulation nur gelernt haben, dass man Fehler am besten nicht zugibt.

Die Verteidiger des europäischen Modells wiederum geraten mitunter in ein plumpes, marktfeindliches Neoliberalismus-Bashing und übersehen dabei geflissentlich die fundamentalen Vorteile und Potenziale von Wettbewerbssystemen für die Schaffung von (Massen-)Wohlstand in bisher zur Armut verurteilten Ländern. Auch werden vielfach Reformfordernisse in Sozialsystemen, die ihre Verteilungseffizienz eingebüßt haben, zulasten der Notwendigkeit noch stärkerer Einschnitte in der Zukunft verdrängt.

4. Die ökologische Frage

Eine zusätzliche Dimension enthält der ordnungspolitische Streit um den richtigen Wirtschaftsstil mit der immer dringlicher werdenden ökologischen Frage nach der Umweltverträglichkeit des alten (auf die klassischen OECD-Länder bezogenen) und des neuen (auf die Emerging Markets bezogenen) Wachstums. Die USA haben hier mit ihrer Absage an international akkordierte Spielregeln zum Emissionsabbau einen weiteren markanten Unterschied der beiden Modelle sichtbar gemacht.

Andererseits verdient die europäische Haltung zum Maßnahmenbündel des Kyoto-Protokolls mit dem Ziel einer Reduzierung der die Klimaverhältnisse schädigenden Treibhausgase Beachtung. Immerhin zeigte der Druck auf Russland, das Umweltbündnis als Voraussetzung der europäischen Zustimmung zum russischen WTO-Beitritt zu akzeptieren, erstmals auch jenseits klassischer Handelspolitik einen klaren ordnungspolitischen Gestaltungswillen der EU auf internationaler Ebene.

5. China: Marktwirtschaft im aufgeklärten Absolutismus

Derweil setzt China mit seinem „aufgeklärten Absolutismus“ – so die euphemistische Bezeichnung für eine frühkapitalistische Wirtschaftsdiktatur – völlig neue Fakten, indem es bei mittlerweile vollständiger Einbeziehung in die Welthandels- und -Kapitalströme (und damit in die Vorteile des Wettbewerbssystems) auf der Ebene der ordnungspolitischen Spielregeln jede Einmischung in demokratiepolitische, soziale und ökologische Standards unterbindet.

Es ist eine völlig offene und vermutlich bereits zu spät gestellte Frage, ob unter diesen Voraussetzungen die hastige Öffnung des globalen Markt-Spielfeldes für China durch die WTO das Tor für einen einzigartigen Entwicklungsschub der gesamten Weltwirtschaft öffnet oder vielmehr zum Einfallstor für die nachhaltige Bedrohung der demokratiepolitischen, sozialen und ökologischen Standards der traditionellen Marktwirtschaften wird. Mangels klarer ordnungspolitischer Positionen und nicht nur inner-europäischer, sondern auch transatlantischer Uneinigkeit zum Themenkomplex der „richtigen“ Globalisierung wird sie wohl nur mehr ex-post beantwortbar sein.

6. EU-Staaten im innereuropäischen und internationalen Standortwettbewerb

Das Bemühen aller reifen Marktwirtschaften, ihre Position als Produktionsstandort im globalen Wettbewerb zu behaupten, hat zu einer Reihe erfolgreicher standortpolitischer Anstrengungen geführt. Bis zu einem gewissen

Grad sind sie die Frucht eines vehementen internationalen Standortwettbewerbes, der neben der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auch die Wettbewerbsfähigkeit ihrer sie jeweils umgebenden politischen Systeme herausfordert.

Die „Competitiveness of Nations“¹ war im Übrigen schon lange vor der Globalisierung in ihrer heutigen Ausprägung ein wichtiger Bestandteil des jeweiligen nationalökonomischen Instrumentenkastens.

Der Europäischen Union gelangen zunächst seit den frühen Achtzigerjahren eindrucksvolle Antworten in ihrer Technologiepolitik – beginnend mit den durch die damalige „amerikanische Herausforderung“² (Jean-Jacques Servan-Schreiber) motivierten Rahmenprogrammen von Kommissionspräsident Jacques Delors. Vor allem die Vollendung des Binnenmarktes und die gemeinsame Währungspolitik führten in den Neunzigerjahren zu entscheidenden strukturellen Innovationen, die man ihr zuvor nicht zugetraut hatte. Offen bleibt bis heute – und wohl noch auf längere Sicht – die Flanke der Fiskalpolitik.

Dennoch steht gerade Europa angesichts der neuen internationalen Arbeitsteilung – innerhalb des erweiterten Europa, vor allem aber auch vis-a-vis Asien – vor der Tatsache, dass sich die Standortfrage nach der Klärung des großen Handlungsrahmens wieder zusehends zu einer nationalen Herausforderung jedes einzelnen Mitgliedslandes entwickelt. Dies allerdings ohne die früheren Handlungsspielräume im Bereich der Handels- und Geldpolitik, mit einer residualen Spielmasse, die im Wesentlichen die Sozial-, Bildungs- und Gesundheitspolitik betrifft.

Je nach Sichtweise mag es optimistisch oder pessimistisch stimmen, dass gerade Österreich noch über eine zusätzliche Reform-Pufferzone verfügt, nämlich die Rationalisierungs- und damit auch Steuer-Entlastungspotenziale seines in vielen Bereichen redundanten und über-föderalisierten Verwaltungssystems. Hier liegen noch beachtliche Potenziale zur Freisetzung von Ressourcen für die notwendigen Investitionen in Infrastruktur- und Technologiepolitik.

7. Der europäische Wirtschaftsstil: Verantwortete Marktwirtschaft

Mit dem europäischen Wirtschaftsstil verbindet sich die systemische Sicht einer Marktwirtschaft, die als Instrument einer Gesellschaft, nicht jedoch als Selbstzweck gesehen wird. Weil diese Sichtweise für alle Ebenen der Ökonomie gilt, ist dementsprechend ein verlässlicher Ordnungsrahmen für verantwortete

¹ Vgl. Porter M. E., *The Competitive Advantage of Nations*, Worcester 1990

² Vgl. Schreiber J.-J., *Die amerikanische Herausforderung*, Hamburg 1968

Marktwirtschaft nicht nur auf der europäischen Ebene, sondern auch auf der Ebene der Global-Ökonomie gefragt.

Mittlerweile steht für eine solche „verantwortete Marktwirtschaft“ ein ganzes Repertoire an möglichen Bezeichnungen zur Verfügung. Man kann von aufgeklärter Marktwirtschaft sprechen, man kann auch öko-soziale Marktwirtschaft dazu sagen, sozial-ökologische Marktwirtschaft oder eben: Soziale Marktwirtschaft. Die mittlerweile auch im anglo-amerikanischen Raum lebhaft diskutierte Diskussion liefert dazu eine Reihe weiterer Vorschläge, darunter „responsible capitalism“ oder „redistributive capitalism“ (Adair Turner).

Von einem europäischen Wirtschaftsstil³ – und nicht „Modellen“ – ist hier vor allem deshalb die Rede, weil damit die Zuordnung zu einer bestimmten (modellhaften) Ausprägung unterbleiben kann. Es gibt nämlich nicht ein einziges europäisches Modell – wohl aber einen europäischen Wirtschaftsstil der verantworteten Marktwirtschaft.

Außerdem erlaubt diese Begrifflichkeit, einem immer wieder auftretenden Missverständnis zu entgehen, wenn es um die „Soziale Marktwirtschaft“ als dem in der deutschsprachigen Welt vertrautesten Begriff für „verantwortete Marktwirtschaft“ geht. Erst kürzlich erklärte Peter F. Drucker, der große, aus Österreich stammende Wirtschaftsweiser, Soziale Marktwirtschaft sei einfach „zu teuer“⁴. Andere räsonieren darüber, wieviel Soziales eine Marktwirtschaft ertragen könne.⁵ Beides geht jedoch am Kern des – aus diesem Grund mit großem S geschriebenen – „Sozialen“ an der Marktwirtschaft vorbei. Es meint nämlich nichts anderes als eine politisch verantwortete und insofern in das soziale Ganze eingeordnete und eben deshalb „Soziale“ Marktwirtschaft. Spricht man hingegen vom Wirtschaftsstil einer verantworteten Marktwirtschaft, lässt sich dieses Missverständnis ausschalten – es sei denn, jemand wollte behaupten, Verantwortung sei nun einmal zu teuer.

Letztlich geht es aber nicht um Semantik, sondern um die begriffliche Klarheit darüber, dass es sich um ein marktwirtschaftliches System handelt, dessen Rahmenbedingungen politisch so zu gestalten sind, dass damit soziale und ökologische Verträglichkeit, aber auch Zukunftsoffenheit gewährleistet wird. In diesem Sinn benötigt der Begriff Marktwirtschaft wohl ein Vorzeichen, wenn wir sie nicht missverständlicherweise dem Diktat jener Markt-Puristen ausliefern wollen, die George Soros als Marktfundamentalisten bezeichnet.

³ Vgl. Stadler W., Das europäische Modell im Wettbewerb der Wirtschaftsstile. Eine Standortbestimmung, in: Stadler W., Auf dem Weg zu neuen Spielregeln, Beiträge zum Wandel von Wirtschaftsordnung und Finanzierungskultur, Wien 2001, S. 29-42

⁴ Vgl. Drucker P. F., Interview: „Die soziale Marktwirtschaft ist zu teuer“, FAZ 19.11.2004, S. 21

⁵ Vgl. Dahrendorf R., „Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Wirkung“, FAZ 24.12.2004, S. 13

8. Das apolitische Modell der Marktfundamentalisten

Marktfundamentalisten setzen die Kräfte des Marktes absolut, sie trauen dem Wettbewerb alles zu, sie halten es für die vorteilhafteste Variante von Politik, dem Wettbewerb in praktisch allen Bereichen, in denen es um knappe Ressourcen geht, die Bresche zu schlagen. Alles andere werde sich dann schon zu einer Win-win-Situation für alle Beteiligten fügen.

Letztlich läuft eine derart verengte und gleichermaßen idealisierte Sicht dessen, was das Instrument Markt vermag, auf die Abschaffung von Politik hinaus, stellt sich doch jede politische Maßnahme in irgendeiner Weise den Marktkräften in den Weg.⁶ Standortpolitik wäre dann nur mehr Optimierung der Standortbedingungen für Unternehmen in einem sehr verengten Sinn, nämlich ausschließlich mit Blick auf die kurzfristige Erfolgsrechnung.

Das Bemühen um die Gewährleistung qualitativer Standortbedingungen im weiteren Sinn – wie (Aus-)Bildung, Gesundheit, menschliche und menschengemachte Kultur, aber auch Lebensfreundlichkeit gegenüber den jüngeren Generationen und der Natur – gehört für Marktfundamentalisten nicht mehr zu den Aufgaben der Politik, jedenfalls nicht zu den leistbaren.

Auch unterschätzen sie systematisch den Beitrag des Staates zur Stabilität von Rechtssystemen, zur Sicherung der demokratischen Institutionen und zum Ausbau der Infrastruktur als den entscheidenden sozial-ökonomischen Konstanten für ein nachhaltig erfolgreiches Setting von marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

9. Europäische Ordnungspolitik nach 1945

Die erfolgreiche europäische Wirtschaftsordnung entstand nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Suche nach einem bewusst eigenständigen Weg zwischen dem gescheiterten Laissez-faire-Liberalismus der Dreißigerjahre und dem Versagen der Planwirtschaften. Niemand hätte in den Entstehungsjahren der Sozialen Marktwirtschaft die politische Kernverantwortung des Staates verleugnet, für die Rahmenbedingungen verantwortlich zu sein, unter denen Wettbewerbswirtschaft sozialverträglich funktioniert.

Der Wirtschaftsstil der verantworteten Marktwirtschaft gibt nicht nur dem Staat als dem institutionellen Repräsentanten der Bevölkerung, sondern auch der Zivilgesellschaft im weiteren Sinn Raum. Es ist ein Wirtschaftsstil, der nicht jedem das Wort abschneidet, der mit außer-ökonomischen, gar übergeordneten

⁶ Vgl. Stadler W./Christl J., „Aufschwung – wo hinauf?“, in: Kreuzer, F. / Wilhelmer P. (Hrsg.), Big Brother und seine Masken, Wien 2004

Zielen argumentiert. Ökonomisches und politisches Denken stehen dabei – das eben bedeutet Ordnungspolitik – in einem ständigen Austausch, statt in der immer häufiger erkennbaren Abhängigkeit von einem verkürzt interpretierten ökonomistischen Prinzip. Standortpolitik bedarf nach diesem Verständnis, um erfolgreich zu sein, gesicherter ordnungspolitischer Standorte.

Dazu gehört, dass die ökonomischen Eliten mit ihren standortpolitischen Wunschlisten – bei allem Gewicht, das sie für ein gutes Vorankommen einer Gesellschaft haben – nicht zu den alleinigen Taktgebern der politischen Agenda werden. Der Sozialphilosoph Peter Strasser warnt in diesem Zusammenhang vor einem schleichenden Legitimitätsverlust der Politik und erinnert daran, dass „souverän zu sein heißt, über soviel Macht zu verfügen, dass man die Gemeinwohlorientierung des Staates ... auch gegen mächtige Lobbys durchzusetzen vermag“⁷.

10. Starkes Europa – überschätzte USA?

Vordringlich ist eine seriöse Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Ausprägungen von Marktwirtschaft und deren Positionierung im globalen Wettbewerb. Konsequenter als bisher ist im Systemvergleich herauszuarbeiten, worin die quantitativen und qualitativen Stärken und Schwächen von Marktwirtschaften verschiedener Wirtschaftsstile liegen.

Als beispielhaft für diesen systemvergleichenden Ansatz können die Untersuchungen des Wirtschaftsforschers Karl Aiginger zum „reformierten Wohlfahrtsstaat“ gelten.⁸ Er führt den Nachweis darüber, dass gerade kleinere europäische Hochsteuerländer, die zeitgerecht reformiert haben, bei richtigem Einsatz ihrer Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbudgets in Verbindung mit offensiver Technologiepolitik global wettbewerbsfähig sind und im Hinblick auf Wachstum und Produktivität mit den USA gleichziehen können. Österreich ist im Übrigen auf gutem Weg, sich bei dieser bisher überwiegend nordeuropäischen Ländergruppe einzureihen, verstärkt durch die starken Positionen vieler Unternehmen und Banken in den Erweiterungsländern Mittel- und Südeuropas.

Die seit einem Jahrzehnt behauptete (System-)Überlegenheit der USA, aus der heraus die machtvolle Herrschafts-Gestik vieler Marktfundamentalisten motiviert scheint, ist jedenfalls weniger eindeutig als meist angenommen wird. Das gilt nicht nur für die nach Berücksichtigung gravierender methodischer

⁷ Strasser P., zitiert in: Bauer D. M., Antwort auf die Hybris, Die Ohnmacht der Macht“: Ein Einblick, Die Presse, 13.9.2003, S. IV

⁸ Vgl. Aiginger K., Das Europäische Modell des “Reformierten Wohlfahrtsstaates”, in: Matis H./Stiefel D. (Hrsg.), Österreich 2010, Die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Landes, Wien 2004, S. 38-56

Abweichungen in den Berechnungsmethoden nur mehr marginalen Unterschiede bei Wachstum und Produktivität. Bereinigt man die europäischen Statistiken um den Sonderfall der neuen Bundesländer Deutschlands, war auch das Job-Wachstum in Europa seit 1997 größer als das in den USA.⁹

Auch hat Europa in den letzten Jahrzehnten einen unglaublich erfolgreichen Aufholprozess im Wohlstandsniveau erzielt. Das durchschnittliche Bruttosozialprodukt pro Arbeitsstunde liegt in der Euro-Zone nur mehr um 5 Prozent unter jenem der amerikanischen Arbeitsstunde, während der Abstand Mitte der Siebzigerjahre noch mehr als 30 Prozent betrug. Höher werden die Differenzen erst bei Berücksichtigung der in den USA wesentlich längeren Jahresarbeitszeit. Selbst der britische „Economist“ stellt nüchtern fest: „America’s superior economic performance over the past decade is much exaggerated“¹⁰.

Vor dem Hintergrund des massiven Einsatzes unausgesprochen keynesianischer Instrumente im Bereich der Steuerpolitik¹¹, einer antizyklischen Geldpolitik und hoher, kriegsbedingter Sonderausgaben im militärisch-industriellen Komplex haben die USA darüber hinaus – abgesehen von einer Politik des schwachen Dollar – kaum noch Spielräume zum Abbau gefährlicher Instabilitäten im öffentlichen Haushalt, in der Handelsbilanz und in der Verschuldung der privaten Haushalte.

11. Europäischer Wirtschaftsstil versus „American Dream“

In den Jahren unmittelbar nach Einführung des Euro, mitten in der Blendung durch eine letztlich kurzlebige „New Economy“ und spektakulär überhitzte Finanzmärkte, wurden die gegenüber dem Dollar schwächer werdenden Euro-Kurse mit der Überlegenheit der US-Ökonomie und damit des amerikanischen Modells erklärt. Es fällt auf, dass heute, bei ständig sinkenden Dollar-Kursen und einem Euro, der sich auf historischem Höchst-Niveau bewegt, die umgekehrte Kausalität kaum je ins Treffen geführt wird: dass möglicherweise die europäische Wirtschaft überlegen, das europäische Wirtschaftsmodell zukunftstauglicher sein könnte.

Jeremy Rifkin, amerikanischer Autor von Welt-Bestsellern zu ökologischen und sozialen Themen, Berater der EU-Kommission und zahlreicher Unternehmen, stellt sein jüngstes Buch über den „Europäischen Traum“ ins Zeichen der These, dass dieser mittlerweile attraktiver sei als der gute alte „American Dream“.¹²

⁹ Vgl. o.N., „Mirror, mirror on the wall, Special report Europe v America, The Economist, June 19th 2004

¹⁰ o.N., „Mirror, mirror on the wall, Special report Europe v America, The Economist, June 19th 2004“, S. 77

¹¹ Vgl. Tichy G., Renaissance der antizyklischen Budgetpolitik? Sind die Neokonservativen heimliche Keynesianer?, Wirtschaftspolitische Blätter 4/2004

¹² Vgl. Rifkin J., Der europäische Traum, Frankfurt am Main 2004

Europa sei sich trotz seiner Erweiterung zum größten Binnenmarkt der Welt seiner Stärken noch nicht bewusst. Mit einem einfachen Um-Denkmodell stellt er neue Größenvergleiche an: statt etwa Deutschlands Volkswirtschaft jener der USA gegenüberzustellen, empfiehlt er, Europas Staaten als Teil der EU den einzelnen US-Staaten an die Seite zu stellen. Dann stellt sich heraus, daß Deutschlands Ökonomie als die größte Europas deutlich stärker ist als jene Kaliforniens als dem wirtschaftlich bedeutendsten Bundesstaat der USA. Daß die Ökonomie Großbritanniens doppelt so groß ist wie jene New Yorks als der zweitgrößten der USA. Dass Frankreich mit der drittgrößten europäischen Volkswirtschaft um 50% wirtschaftsstärker ist als Texas und Italiens Wirtschaft doppelt so groß wie die viertgrößte US-Wirtschaft in Florida. Am fünften Platz der beiden Wirtschaftskontinente übertrifft Spanien Illinois, am sechsten die Niederlande New Jersey. Alles nicht nur – aber auch – eine Frage der Perspektive.

Auch im Unternehmensbereich sind die Erfolge des alten Kontinents beeindruckend. Von den 140 größten Unternehmen der Welt gemäß Fortune-500-Ranking sind 50 amerikanisch und 61 europäisch. Auch übersehen amerikanische Rankings eine Vielzahl von europäischen Firmen mit Spitzenstellung auf den Weltmärkten, einfach weil sie nicht börsennotiert sind. Die starke Stellung von Familienunternehmen in Europa verfälscht die meisten Größenvergleiche systematisch zugunsten der US-Wirtschaft.

12. Qualitative Standards

Für die Zukunftstauglichkeit aber zählen vor allem auch die qualitativen Faktoren. Hervorstechend ist zunächst die Inkaufnahme von extremer gesellschaftlicher Ungleichheit in den USA. Allein im letzten Jahrzehnt stieg im Gefolge eigennütziger Überdehnung des im Interesse der Managements anonymer Kapitalgesellschaften gelegenen „Shareholder-Value“-Modells der Einkommensunterschied zwischen einfachen Beschäftigten der größten Unternehmen gegenüber den Achtzigerjahren um eine Zehnerpotenz auf über 1 zu 350. Im Vergleich mit anderen Industriestaaten liegen die USA in Sachen Verteilungsgerechtigkeit heute nur mehr knapp vor Ländern wie Mexiko und Russland.

Die europäischen Gesundheitssysteme führen zu messbar besseren Ergebnissen nicht nur bei Lebenserwartung und Kindersterblichkeit, sondern auch bei der Zugänglichkeit medizinischer Versorgung. Das Bildungssystem der USA musste sich noch keiner PISA-Studie stellen, die Annahme, dass es abseits der beeindruckenden Spitzenleistungen in einem modernen Universitätssystem auch hier viel Chancen-Ungleichheit und damit krasse Unterschiede in den

Ausbildungsniveaus in Kauf nimmt, ist aber plausibel. In zahlreichen anderen Bereichen der Lebens- und Umweltqualität gelangt man zu ähnlichen Resultaten.

13. „Cultural Clash“ der Finanzkulturen?

Ein aktuelles Austragungsfeld der unterschiedlichen Wirtschaftsstile ist die Finanzwirtschaft. Der kapitalmarktorientierten Finanzierungskultur des anglo-amerikanischen Raumes steht traditionell eine Banken- und kreditorientierte Finanzierungskultur in Kontinentaleuropa gegenüber. Seit der Euro günstige Voraussetzungen zur Schaffung eines gesamteuropäischen Kapitalmarktes geschaffen hat, werden die Kapitalmarkt-Spielregeln auch in Europa neu geschrieben.¹³

Noch ist unentschieden, ob wir einen „Cultural Clash“ der Finanzierungskulturen erleben oder bloß eine schrittweise Ergänzung der traditionellen Bankwirtschaft um die Möglichkeiten der modernen Finanzmärkte. Zu einem guten Teil wird die Antwort auch hier auf der Ebene der ordnungspolitischen Spielregeln gegeben: Welche Bilanzierungssysteme Anwendung finden, welche Art von „Corporate Governance“ – also Kräftegleichgewicht zwischen Eigentümern, Management und (Kapitalmarkt-)Öffentlichkeit – einzusetzen ist, oder wie die Incentive-Systeme für Führungskräfte aussehen.

An diesen Spielregeln wird sich entscheiden, ob die Entwicklung einer innovativen, an der realen Wertschöpfung ausgerichteten Ökonomie vorangetrieben werden kann oder eine allzu starke Dominanz der Finanzwirtschaft mit überhöhten Rendite-Erwartungen die damit verknüpfte Kurzatmigkeit weiter verstärkt und letztlich die Rahmenbedingungen der Realwirtschaft verschlechtert.

Auch wird entscheidend sein, die Besteuerung von Kapital und Finanzerträgen langfristig auf eine weltweit vergleichbare Basis zu stellen. Die immer dominantere Rolle der Fonds und anderer institutioneller Investoren im Kapitalmarkt-Spiel verstärkt diese Notwendigkeit. Will man die vollständige Mobilität des Kapitals aufrechterhalten, ohne seine Besteuerungsgrundlagen gänzlich aufzugeben, könnte schließlich mittelfristig – mangels Durchgriff auf nationale Steuerebeurteilungen – die Frage einer weltweiten Kapital-Umsatzsteuer (Tobin-Tax) aktuell werden.

¹³ Vgl. Stadler W., USA – Europa: Zusammenprall oder Konvergenz der Finanzkulturen?, in: conturen 01/03, S. 28-38

14. Verantwortete Marktwirtschaft als global-ökonomisches Modell

Wenn der amerikanische Wirtschaftsstil kein Modell für die Globalisierung ist, gibt es keinen einleuchtenden Grund mehr, die Stärken des neo-liberalen Mainstreams weiter zu überschätzen und gleichzeitig die Vorzüge des europäischen Wirtschaftsstils systematisch zu unterschlagen. In der Perspektive der Globalisierung kann es allerdings nicht darum gehen, die Wirtschaftsstile der beiden bestentwickelten Wirtschaftsmächte der Welt gegeneinander auszuspielen. Wichtiger ist die Frage, wie mit dem jeweiligen Wirtschaftsstil die Globalisierung gestaltet wird.

Misst man die Zukunft daran, wie weit es gelingen kann, mit verantworteter Marktwirtschaft Demokratie, soziale und ökologische Nachhaltigkeit abzusichern, gäbe es sogar eine umfassende gemeinsame Agenda mit den USA. Zu tauglichen Antworten bei der Neudefinition der internationalen und transnationalen Rahmenbedingungen wird sie jedoch nur dann führen, wenn Europa seine ordnungspolitischen Stärken einbringt und ausspielt.

Je größer das Spielfeld der Global-Ökonomie wird, desto entscheidender werden die Fragen nach gemeinsamen Spiel-Regeln. Es wird von allergrößter Bedeutung sein, nach welchen Werthaltungen und aus welcher Sicht von Marktwirtschaft sie gestaltet werden.¹⁴ Verantwortete Marktwirtschaft ist zwar eine notwendige Voraussetzung dafür – hinreichend wird sie aber erst, wenn Europa noch stärker als bisher bereit ist, sie im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstile zu vertreten und durchzusetzen.

LITERATURVERZEICHNIS

Aiginger Karl, Das Europäische Modell des "Reformierten Wohlfahrtsstaates", Ein Bericht über die sozioökonomische Entwicklung in den letzten 25 Jahren, in: Matis Herbert / Stiefel Dieter (Hrsg.), Österreich 2010, Die wirtschaftliche und soziale Zukunft des Landes, Linde, Wien 2004, S. 38-56

Dahrendorf Ralf, „Wirtschaftlicher Erfolg und soziale Wirkung“, Das Zukunftsmodell ist eine Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber – in Verbindung mit einer gesicherten Grundausstattung für jedermann, FAZ 24.12.2004, S. 13

¹⁴ Vgl. Stadler W., Die offene Gesellschaft und ihre Werte, in: Busek E. (Hrsg.), Kommunikation und Netzwerke, Wien 2003, S. 82-94

- Drucker Peter F., Interview: „Die Soziale Marktwirtschaft ist zu teuer“, FAZ 19.11.2004, S. 21
- Gray John, Mächte, Märkte, Missionen, Eine kurze Geschichte des freien Marktes, Die Presse, Spectrum, 21.2.04, S. I-II
- o.N., Mirror, mirror on the wall, Special report Europe v America, The Economist, June 19th 2004, S. 75-77
- Porter Michael E., The Competitive Advantage of Nations, Worcester 1990, Billing & Sons Ltd
- Rifkin Jeremy, Der europäische Traum, Die Vision einer leisen Supermacht, Campus Verlag, Frankfurt/Main 2004
- Rifkin Jeremy, The World's Other Economic Superpower, Wall Street Journal, 15.11.2004
- Sachsenmaier Dominic, Europa und die Rückkehr der Kulturen, Die Furche, Nr. 46, 11.11.2004, S. 21
- Schulmeister Stephan, „Runter mit der Brille“, Im neoliberalen Mainstream hat sie derzeit einen schweren Stand: die „soziale Marktwirtschaft“, Die Presse, Spectrum, 29.5.2004, S. I-II
- Servan-Schreiber Jean-Jacques, Die amerikanische Herausforderung, Hoffmann und Campe, Hamburg 1968
- Soltwedel Rüdiger, Wettbewerb, Verantwortung und Solidarität – Soziale Marktwirtschaft als Erfolgsfaktor in einer zusammenwachsenden Welt, Gütersloh 1997
- Soltwedel Rüdiger, Effizienz und Gerechtigkeit – Ethik und wirtschaftliches Handeln in der modernen Gesellschaft, in: Aiginger Karl/Farnleitner Hannes/Koren Stephan/Raidl Claus/Stadler Wilfried (Hrsg.), Impulse für das Unternehmen Österreich – Eine Experten-Agenda zur Zukunftssicherung, Wien, 1999, 29-42
- Stadler Wilfried, Das europäische Modell im Wettbewerb der Wirtschaftsstile. Eine Standortbestimmung, in: Stadler Wilfried, Auf dem Weg zu neuen Spielregeln, Beiträge zum Wandel von Wirtschaftsordnung und Finanzierungskultur, Manz Verlag, Wien 2001, S. 29-42

Stadler Wilfried, USA – Europa: Zusammenprall oder Konvergenz der Finanzkulturen?, in: conturen 01/03, S. 28-38

Stadler Wilfried, Die offene Gesellschaft und ihre Werte, Ordnungspolitische Thesen zu einer globalen sozialen Marktwirtschaft, in: Busek Erhard (Hrsg.), Kommunikation und Netzwerke, Europäisches Forum Alpbach, 2002, S. 82-94, Verlag Österreich Wien 2003, S. 82-94

Stadler Wilfried/Christl Josef, „Aufschwung – wo hinauf?“, „Disputationes“, Freiheit zwischen Markt und Staat – Hayek, Keynes und die Österreichische Schule der Nationalökonomie, in: Kreuzer Franz/Wilhelmer Peter (Hrsg.), Big Brother und seine Masken, Wege zur Knechtschaft – Wege zur Freiheit, Die Österreichische Schule der Nationalökonomie und ihre Zukunft, Kremayr & Scheriau/Orac, Wien 2004, S. 127-146

Strasser Peter, zitiert in: Bauer Dolores M., Antwort auf die Hybris, Die Ohnmacht der Macht“: Ein Einblick, Die Presse, 13.9.2003, S. IV

Tichy Gunter, Renaissance der antizyklischen Budgetpolitik? Sind die Neokonservativen heimliche Keynesianer?, Wirtschaftspolitische Blätter 4/2004, S. 513-522